



Die aktuelle polnische Regierung unter Donald Tusk plant eine kontroverse Maßnahme: die teilweise Aussetzung des Asylrechts. Tusk, der im Oktober 2024 diese Absicht öffentlich machte, sieht darin einen notwendigen Schritt, um gegen illegale Migration vorzugehen. Er argumentiert, dass die gegenwärtigen Asylgesetze von Menschenschmugglern und autoritären Regimen wie denen in Belarus und Russland ausgenutzt werden, um den Druck auf die EU und speziell auf Polen zu erhöhen.

Polen fühlt sich in einer schwierigen geopolitischen Lage. Seit 2021 gibt es immer wieder Berichte über zunehmende Migrationsströme über die belarussische Grenze, die als „hybride Kriegsführung“ bezeichnet werden – ein Versuch, Polen und die EU zu destabilisieren. Dieser „hybride Angriff“ wird vor allem Belarus und Russland zugeschrieben, auch wenn beide Länder dies bestreiten.

Worum geht es bei der Maßnahme?

Tusk plant eine *temporäre, territoriale Aussetzung* des Asylrechts für Menschen, die illegal über die Grenze kommen. Diese drastische Maßnahme solle Sicherheit für Polen gewährleisten, indem sie den Missbrauch des Asylsystems verhindert. Dabei ist er bereit, den europäischen Konsens zu ignorieren, falls dieser die nationale Sicherheit bedroht. Tusk kündigte an, die EU zu ersuchen, diese Entscheidung anzuerkennen.

Doch der Vorschlag wird nicht nur international, sondern auch innerhalb Polens kontrovers diskutiert. In seiner eigenen Regierungskoalition gibt es deutliche Kritik. Szymon Hołownia, Vorsitzender der Diätenkammer, äußerte Bedenken, dass eine solche Aussetzung gegen die polnische Verfassung sowie gegen internationales Recht verstoßen könnte. Er sieht das Asylrecht als „*heiliges Prinzip*“, das nicht einfach untergraben werden dürfe.

Was steckt dahinter?

Die Motivation hinter diesem Vorstoß ist klar: Polen möchte seine Kontrolle über die Migrationsströme verstärken und sich gegen potenzielle Bedrohungen von außen wappnen. Seit Jahren ist das Land mit steigenden Zahlen von Migrant*innen konfrontiert, insbesondere aus dem Nahen Osten und Afrika, die versuchen, über Belarus in die EU zu gelangen. Laut Tusk werde der Asylstatus zu oft von kriminellen Netzwerken missbraucht, um Personen illegal ins Land zu schleusen.

Diese Rhetorik findet bei vielen Polen Anklang, die durch die Flüchtlingskrise von 2015 und die anhaltenden Spannungen mit Russland stark sensibilisiert sind. Polen hat zudem eine



besondere Verantwortung in der Region – als östliches Mitglied der EU und der NATO sieht es sich in der ersten Verteidigungslinie gegen mögliche Angriffe aus dem Osten.

Internationale Implikationen und Kritik

Die EU steht dem Plan von Tusk ebenfalls skeptisch gegenüber. Die Europäische Union hat in den letzten Jahren immer wieder versucht, eine gemeinsame Migrationspolitik zu entwickeln, die Solidarität und die Einhaltung internationaler Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention vereint. Eine temporäre Aussetzung des Asylrechts könnte als gefährlicher Präzedenzfall angesehen werden – nicht nur für Polen, sondern auch für andere EU-Staaten, die mit Migrationsdruck kämpfen.

Die Gefahr besteht, dass eine solche Maßnahme den Zusammenhalt der EU weiter schwächt, da Polen nicht das erste Land ist, das sich der europäischen Migrationspolitik entgegenstellt. Schon in der Vergangenheit hatten auch Ungarn und andere osteuropäische Staaten ihre eigene strikte Haltung gegenüber Flüchtlingen und Migranten eingenommen.

Was bedeutet das für die Zukunft?

Der polnische Vorstoß könnte weitreichende Folgen haben, sowohl innerhalb des Landes als auch in der EU. Die Tatsache, dass Teile der Regierungskoalition sich gegen den Plan aussprechen, zeigt, dass das Thema noch lange nicht abgeschlossen ist. Die kommenden Wochen – insbesondere die nächste Sitzung des Europäischen Rates – könnten entscheidend sein.

Gleichzeitig bleibt abzuwarten, wie die polnische Bevölkerung auf den Vorschlag reagiert. Migration ist nach wie vor ein heikles Thema, und die polnische Regierung muss einen Balanceakt zwischen Sicherheitsbedenken und internationaler Kritik bewältigen.

Wird Polen damit Erfolg haben, oder stößt es letztlich an die Grenzen seiner Verfassung und der EU-Verträge? Die nächsten Schritte werden genau beobachtet – nicht nur in Brüssel, sondern in ganz Europa.